

Der Protest in Lützerath sei nicht legal, aber legitim, findet die Aktivistin Luisa Neubauer. So deutete sie jedenfalls, dass die Demonstranten die zuvor vereinbarten Linien Richtung Abrisskante überschritten, woraufhin sich die Polizisten ihnen entgegenstellten. Vermutlich sieht sie und sehen das die ihren auch bei Straßenblockaden und Museumsverschmutzungen so. Man bricht das Gesetz, aber mit dem guten Gewissen der guten Absichten. Und das möchte man in der Auseinandersetzung gutgeschrieben bekommen.

Nimmt man die Behauptung hinzu, die Bundesregierung verstoße ebenso gegen das Pariser Klimaabkommen wie die nordrhein-westfälische Landesregierung durch ihren Vertrag mit RWE, läuft das auf die Umkehrung hinaus: Die staatliche Politik erfolge legal, sei aber nicht legitim. Schon die Zahl der Polizisten in Lützerath sei eine „Provokation“ gewesen, so Neubauer. Das strahlt dann verstärkt auf die Bewertung der Polizeiaktionen aus, die das Eigentums- und Versammlungsrecht in Lützerath durchgesetzt haben. Sie erscheinen den Aktivisten weder legal, weil unverhältnismäßig und „unfassbar brutal“, so die aktivistische Sanitäterin Iza Hofmann, noch legitim, weil der Abbau der Kohle unter Lützerath katastrophale Folgen habe. Hat er zwar nicht, muss dann zugestanden werden, aber symbolisch schon.

Beginnen wir bei dem, was inzwischen über die Unverhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes bekannt ist. Eine Person, sagen Sprecher der Demonstranten, sei mittels Rettungshubschrauber lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht worden. Die Polizei hingegen weiß von keinem Helikoptereinsatz. Darauf die Korrektur der Sanitäterin: Man habe den Hubschrauber angefordert, er habe aber wegen schlechten Wetters nicht fliegen können. Dennoch seien mehrere Demonstranten schwer bis lebensgefährlich verletzt worden. Viele erlitten demnach Schläge oder wurden durch Pfefferspray verletzt. Hinweise, in welchen Krankenhäusern denn die lebensgefährlich Verletzten liegen, wollte die Sanitäterin aber nicht geben, um die Betroffenen vor einer angeblich zu befürchteten Strafverfolgung zu schützen. Das war am Sonntag. Auch Neubauer sprach von teilweise schwer Verletzten und griff Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) an, es sei absurd, wenn er von einem professionellen Einsatz spreche.

Am Montag korrigierte ein Sprecher der Initiative „Lützerath lebt“ dann erneut: Es sei niemand lebensgefährlich verletzt worden. Neun Leute lägen im Krankenhaus. Die Sanitäterin und Neubauer hatten also stark – „absurd“? – übertrieben. Ein Diagnosefehler, sagen die Aktivisten, was aber noch nicht erklärt, weshalb man ihn als Gewissheit in Mikrofone spricht. Vielleicht kannte die Sanitäterin außer der medizinischen Bedeutung des Wortes „lebensgefährlich“ auch noch eine politische. Neubauer kannte sie jedenfalls. Diese politische Bedeutung besteht unter anderem darin, dass Pfefferspray allein oder Faust- und Stockschläge im Gerangel zweier Gruppen, von denen die eine an die Abrisskante einer Kohlegrube drängt, zwar äußerst schmerzhaft sind, aber keinesfalls allein schon die Illegalität des polizeilichen Gewalteinsatzes begründen können. Dazu müssen tiefere Wunden her.

Man könnte das Legitimitätsverstoß nennen. Der Polizist hat zwar einen legitimen Auftrag, aber er ist in Wahrheit Bützel des Kapitals. Er überzieht seine Lizenz. Er hat fast getötet. Und er tötet ohnehin, weil die Kohle unter Lützerath auf Welteritzungsumwegen Tote im globalen Süden nisten wird. Das sind zwar alles Zusammenhänge, die nicht den Polizisten zugerechnet werden können. In einer Dienstaufsichtsbeschwerde fände der globale Süden keinen Platz und eine Tötung auch



Im Regen von Lützerath wurde niemand lebensgefährlich verletzt, wie von Klimaaktivisten zwischenzeitlich behauptet worden war.

Foto Frank Röth

Empfindliche Revolutionäre

An der Abrisskante: Die Klimaaktivisten reklamieren eine überlegale Form der Legitimität für sich. Und verscherzen sich mit törichten und falschen Behauptungen Sympathien für ihre Motive.

nur, sofern sie stattgefunden hat und nicht bloß als Möglichkeit fehlerhaft besprochen wurde. Doch die Aktivisten wechseln je nach Bedarf von platter Wirklichkeit zum symbolischen Kontext, in dem sie sich handeln sehen.

Eine symbolische Wunde wurde den Aktivisten auch durch den Abriss einer Hütte geschlagen, die sie auf dem Gelände illegal errichtet hatten. Per Twitter beschwerten sie sich in mehreren Mitteilungen, das Deutsche Architekturmuseum in Frankfurt habe Interesse an dem Holzbauwerk angemeldet, die Polizei habe das auch gewünscht und die wacklige Bude empörenderweise trotzdem abgerissen. Zerstörung kulturellen Erbes! (Am Donnerstag gebaut, am Sonntag schon vererbt). Kein Respekt vor Zeitgeschichte. Kulturgüter, hieß es, darf man nicht kaputt schlagen. Nur mit Erbsensuppe übergießen, müsste ergänzt werden, darf man sie schon.

Einerseits sind die Aktivisten also mit der Abwendung der ökologischen Apoka-

lypse und der Rettung des globalen Südens beschäftigt, andererseits sehen sie sich schon als Erblasser von Kulturgut, machen sich um ihre Hinterlassenschaft Gedanken und schließen Leihverträge mit einem Museum. Der Klimaaktivist Maurice Conrad, Stadtrat in Mainz, drehte den Spieß um und fragte all diejenigen, die sich der Tomatensuppe halber von van Gogh und Klimt Sorgen gemacht hätten, weshalb sie denn jetzt beim Holztürmchen von Lützerath ganz still seien. Zwischen van Gogh und einer vertikalen Feinfensterkiste mag er selbstverständlich keinen Unterschied erkennen.

Es geht, mit anderen Worten, recht kindlich zu in den Argumentationen der jungen Leute, die im Selbstgefühl des Weltretterums gar nicht sehen, wie durchschaubar diese symbolischen Schwindeleien sind. Das Verletztsein selbst derer, die es gar nicht sind, die weinerliche Beschwerte, die die Polizei hole auch nachts Besetzer von Hausdächern, das sie doch gefährlich. Ja, dann steigt nicht hinauf, wenn es euch zu gefährlich ist. Hier sitzen wir, wir können nicht anders, sagen die empfindlichen

Revolutionäre, aber der Gegenseite sprechen sie das Nichtanderskönnen im selben Atemzug ab.

In einer Gesprächsrunde beim Sender Phoenix meinte jüngst der Lokalaktivist David Dresen, die Polizei schildere die Lage in Lützerath unzutreffend, weil sie ja ein Interesse habe, den Einsatz zu legitimieren. Nicht eine Sekunde kam er darauf, dass genau derselbe Motivverdacht sich gegen seine Schilderungen richten kann, weil es im Interesse der Aktivisten liegt, das Vorgehen der Polizei zu delegitimieren. Auf Twitter wurden Videoschnipsel geteilt, in deren Kommentierung von roher Gewalt gegen Greta Thunberg zu lesen war. Was zu sehen war: eine Reihe von Demonstranten, die sich an den Händen hielt und von Polizisten vor sich hergeschoben wurde. Niemand fiel um, niemand wurde geschlagen, die Empörung richtete sich dagegen, Frau Thunberg sei „geschubst“ worden. Im Video zumindest sah man nichts davon. Unweit davon wurde ein Demonstrant zur Twitter-Ikone, er, mit einem Mönchsgewand bekleidet, einen im Schlamm stecken geliebenen Polizisten tatsächlich umschubst. Höhnisches Lachen in den Kommentaren, urtümliche Freude daran, dass ein Staatsdiener mit Mitteln zu Fall gebracht wurde, die im Falle Thunbergs als „unfassbare Gewalt“ geschildert worden wären.

Noch einmal: Das Eigentümliche an all dem ist, dass die Aktivisten ernsthaft glauben, sie kämen mit solchen Verdrehungen und Legenden und missgünstigen Auslegungen durch. Haben sie sich diese Bereitschaft zum Melodrama und strategischen Daherreden von den Politikern abgeschaut, die sie am meisten verachten? Andreas Scheuer (CSU) twitterte zu einem Foto der polizeilich abtransportierten Luisa Neubauer, es sei vermutlich manipuliert, weil man das Gesicht der Aktivistin darauf hell erleuchtet sah. Doch es war, Glück des Fotografen, in dieser Sekunde nur das Licht eines Polizeiautos darauf gefallen. Dazu sagte der in Selbstschonung äußerst geübte Scheuer dann nichts mehr.

Ist es wirklich ratsam, vom vermeintlichen Menschenrecht auf Lüge Gebrauch zu machen, nur um die Debatte ein paar Stunden lang anzufeuern? Die Aktivisten

bewegen sich damit auf dem Niveau derjenigen, die sie „Klimaterroristen“ nennen und damit ebenso absichtsvoll jegliches Maß verlieren wie die Berliner CDU, die jetzt plakatiert „Berlin, lass dir das Auto nicht verbieten“, als hätte das irgendjemand mit Aussicht auf Erfolg vor. „When they go low, we go high“ – davon ist hier auf beiden Seiten keine Rede.

Zurück von diesem Protesttheater zur Ausgangsfrage nach Legalität und Legitimität. Einst war die Vorstellung, Legalität sichere Legitimität. Weil eine inhaltliche Übereinstimmung aller Bürger mit den Festlegungen der Politik unwahrscheinlich ist, so der Gedanke, wird die Akzeptanz des politischen Entscheidens durch die von Verfahren bewirkt. Es gibt demokratische Wahlen, Gesetzgebung nach parlamentarischen Mehrheiten und gerichtliche Überprüfungen der Anwendung solcher Gesetze durch die Verwaltungen. Legitim ist, was abgewählt und vor Gericht verworfen werden kann. Mehr Legitimität ist unter modernen Umständen nicht zu haben.

Oder doch? Man kann natürlich versuchen, in den Massenmedien ein gutes Bild abzugeben, und mit dem dadurch angehäufte moralischen Kapital – wir sind die Guten – begründen, gegen das Recht zu verstoßen. Wenn der Herausgeber des Verfassungsblogs schreibt, es sei nicht das Gleiche, sich von der Polizei wegtragen zu lassen, wie sie mit Steinen zu bewerfen, hat er recht. Die Jugend von Lützerath unterscheidet sich stark von den Cowboys im Kapitel, und ihre Verzweiflung ist eine andere als die von Bolsonaros Meute. Gerade deshalb aber sollte sie die Sympathie für ihre Motive nicht durch törichte Behauptungen, billige Tricks sowie die Behauptung einer überlegalen Legitimität aufs Spiel setzen. Ihre Attacken auf die Grünen gehören zu diesem Leichtsinns. Denn wer, denken sie, wird klimapolitische Fortschritte erzielen? Und wie sollen sie zu erreichen sein, wenn nicht durch Politik und Technologie? In den Talkshows und auf Twitter wird die Wende im ökologischen Bewusstsein nicht erreicht werden.

JÜRGEN KAUBE

Der blinde Fleck in der Klimadebatte muss weg

Exxon wusste über die drohende Katastrophe Bescheid: Wo bleibt die Empörung über die fragwürdige Rolle der Konzerne? Von Antje Boetius

Klimaforscher warnen schon seit 1965 vor Ursachen und Folgen des Klimawandels. Dennoch steigt die Nutzung fossiler Energieträger, damit der Kohlenstoffdioxid-Gehalt der Atmosphäre und so die Erderwärmung. Es ist immer schwerer auszuhalten, dass wir nicht viel schneller umsteuern angesichts weltweit massiv wachsender Kosten, Schäden und Verluste, die diese Entwicklung mit sich bringt. Technische, sozioökonomische und ethisch akzeptable Lösungen liegen auf der Hand. Mehr als ein halbes Jahrhundert lang haben wir entsprechenden Wissen angesammelt. In der gleichen Zeit ist das Internet entstanden, das Smartphone, die bemannte Raumfahrt. Was hält uns davon ab, beim Klimawandel entschlossen zu handeln?

In ihrer gerade im Wissenschaftsjournal „Science“ veröffentlichten Studie „Assessing ExxonMobil’s global warming projections“ analysieren die Historiker Geoffrey Supran und Naomi Oreskes von der Harvard-Universität zusammen mit dem Klimawissenschaftler Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, wie viel Klimawandelwissen Mitarbeiter des Ölkonzerns Exxon vor 50 Jahren im Vergleich zu Akademikern hatten. Unter dem Stichwort #Exxonknew wird schon seit 2015 in den USA immer mehr

Evidenz zusammengetragen, die zeigt, dass ExxonMobil sehr viel wusste, keine Verantwortung übernahm und sogar aktiv und mit viel Geld Zweifel am Zusammenhang zwischen Energiesystem und den ökologischen Konsequenzen streute. Dies nutzen Geschädigte in den USA nun zunehmend für Klagen gegen den Konzern.

Die neue Untersuchung vergleicht nun erstmals die originalen Analysen und Vorhersagen von Exxon-Forschern aus der Zeit von 1977 bis 2003 mit bisher gemessenen Erdtemperaturen sowie aktuellen wissenschaftlichen Simulationen. Ergebnis der Studie: Die Konzernforschung stellte damals eindeutig fest und kommunizierte auch intern, wie durch Verbrennung fossiler Energien Kohlenstoffdioxid (CO₂) in die Atmosphäre gelangt und mittels des Treibhauseffektes zu katastrophalen Schäden führen würde. Das Konzernwissen schloss ein, dass Unsicherheiten schnell durch Forschung zu klären seien, dass keine zeitgleiche Abkühlung der Erde die Wirkung der CO₂-Emissionen abschwächen würde – dass die Erderwärmung daher spätestens ab 2000 messbar wäre und in der Folge Natur, Mensch und Technik fundamental bedrohen würde.

Diese und andere Belege aus Archiven von Energiekonzernen – amerikanischer wie europäischer – beweisen, dass Unter-

nehmensvorstände nicht nur Warnungen der wissenschaftlichen Fachgemeinschaften in den Wind schlugen. Sie weigerten sich auch, wegen angeblich zu großer Unsicherheiten in den Modellen oder mangelndem Einblick Änderungen in ihrem Geschäftsmodell vorzunehmen. Die Konzernleitungen begegneten den unbehaglichen Erkenntnissen ihrer Mitarbeiter nicht mit guter Führung, eine Wertschätzung der Erkenntnisse ihrer Forscher blieb aus, ebenso die Information ihrer Anleger und der Regierung. Auch ein Umsteuern der Forschung und entsprechende Investitionen wurde nicht eingeleitet, vielmehr entschieden sich die Vorstände für bezahlte Kampagnen gegen akademische Forschungsergebnisse und Wissenschaftler.

Es ist offensichtlich, dass das absichtliche Streuen von Zweifeln und Spaltung und das organisierte Leugnen des menschengemachten Klimawandels bis heute nachwirkt. Das beeinflusst sowohl staatliche als auch individuelle Entscheidungsfindungen, indem die Prioritäten für Energiewende und Bewältigung der Klimakrise nicht hoch genug gesetzt werden. Es gibt zwar nur noch eine winzige Anzahl von Klimaleugnern, aber das Fortkommen der Gesellschaft und der Staatengemeinschaft ist insgesamt gebremst. Naomi Oreskes zeigte schon 2010 in ihrem Bestseller

„Merchants of Doubt“ auf, wie einzelne Unternehmen und Lobbyisten den Fortschritt einer Gesellschaft behindern können, indem sie laut und sichtbar Erkenntnisse und Ziele diskreditieren. Mir graut angesichts der Tatsache, dass es vielen Menschen längst an Empörung für die Rolle einiger Unternehmen beim Leugnen von Fakten mangelt. Ich höre in Gesprächen immer wieder, es sei naiv, von der Industrie anderes zu erwarten als Propaganda zum Zweck der Gewinnmaximierung. Das sei die Natur des Kapitalismus. Man könne dies doch von Tabak- und Zuckerkonzernen, von der Chemie- und Pharmaindustrie, von unserer Autoindustrie in Bezug auf die Fälschungen von Abgaswerten. Warum solle es anders sein im Fall von Energiekonzernen, die in den vergangenen 50 Jahren zu unfassbar großen Gewinnen kamen. Supran und seine Kollegen bezeichnen diese mangelnde Empörung und Aufarbeitung der Rolle der Erdölindustrie in der Geschichte des Klimawissens vergleichsweise neutral als einen „blinden Fleck“. Dieser blinde Fleck muss weg.

Es ist unbedingt notwendig, den jahrzehntelangen Krieg gegen das Klimawissen aufzuarbeiten. Er ist mitverantwortlich dafür, dass uns nun die Zeit davonläuft. Zudem arbeiten Unternehmen wie

andere gesellschaftlichen Institutionen immer auch in einem historischen Kontext, die Vergangenheit kann nicht einfach gelöscht werden, wie der Wissenschaftshistoriker Jürgen Renn in seinem kürzlich erschienenen Buch „Evolution des Wissens“ eindrucksvoll belegt. Beteiligte Energieunternehmen sollten daher umgehend zur Aufklärung beitragen, Fehlentscheidungen aufdecken und resiliente, offene Strukturen für eine gute und richtige Führung schaffen. Sie sollten für mehr Transparenz bei Lobbyismus sorgen und viel mehr in Bildung, Forschung und Klimaschutz investieren. Das schulden sie auch ihren Mitarbeitenden, ihren Stakeholdern und Unternehmen ihrer Branche, die längst umgesteuert haben.

Für die Innovations- und Transformationskraft, die wir für eine lebenswerte Zukunft so dringend benötigen, müssen alle Teile der Gesellschaft zumindest in existenziellen Fragen zusammenarbeiten und sich vertrauen können. Die Aufarbeitung von historischen Fehlern gehört unbedingt dazu, das verlorene gegangene Vertrauen in Institutionen wiederherzustellen.

Die Autorin ist Meeres- und Polarforscherin und Wissenschaftliche Direktorin am Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven.



Der Geächtete

Von Simon Strauß

Das Wiener Burgtheater hat sich von ihm getrennt, das ZDF hat eine Passage mit ihm aus der Krimiserie „Die Toten von Salzburg“ geschnitten, und der Sisi-Film „Corsage“, in dem er den Kaiser Franz Joseph spielt, ist aus den Kinos verschwunden. Nur weg, nur aus den Augen – so lautet die Devise. Durchaus verständlich angesichts des Vergehens, dessen sich der dreißigjährige Schauspieler Florian Teichtmeister schuldig gemacht hat: Mehr als 58.000 Dateien mit kinderpornographischem Inhalt sind bei ihm gefunden worden. Teichtmeister, der noch 2016 im österreichischen Parlament während einer Veranstaltung gegen Kindesmissbrauch mehrere Briefe von Opfern vorgelesen hatte, hat sich inzwischen schuldig bekannt. Seine Karriere als Schauspieler ist am Ende, sein Ruf für immer zerstört. Seine früheren Kolleginnen und Kollegen zeigen sich ostentativ bestürzt und fassungslos. Allerdings tauchten in den vergangenen Tagen auch Indizien auf, dass nicht wenige schon lange etwas von der gefährlichen sexuellen Neigung ihres Schauspielerkollegen wussten. Der Filmemacher Sebastian Brauneis distanzierte sich schon 2021 mit einem Facebook-Post von „mutmaßlichen Missbrauch“ Teichtmeisters, allerdings ohne dessen Namen zu nennen. Das Burgtheater erklärte nun in einer Stellungnahme, dass es schon im September 2021 von den Vorwürfen Kenntnis hatte. Allerdings gab es zu diesem Zeitpunkt noch keine polizeilichen Ermittlungsergebnisse, sodass die Burg zu Recht keine arbeitsrechtlichen Schritte einleitete. Auch bei schweren Vorwürfen muss die Unschuldsvermutungen gelten, solange sie Gerücht bleiben. In Österreich wird nun darüber debattiert, inwieweit die ganze „Branche“ etwas von den pädophilen Neigungen Teichtmeisters wusste. Gegen diese Unterstellung wendet sich der Verband Filmregie Österreich. In einem offenen Brief ruft er zur Differenzierung auf. Warum? Nicht weil er Erbarmen mit dem gestürzten Florian Teichtmeister hätte, sondern weil „Corsage“ unter den 15 Kandidaten für den Auslands-Oscar ist. Unter Einsatz einer waghalsigen feministischen Finte versucht der Verband seinen Favoritenfilm gegen den Hauptdarsteller zu positionieren: „Wir sind erschüttert, dass ein feministischer Film, der Machtverhältnisse und Rollenbilder hinterfragt, wegen der Taten eines Mannes aus dem Kinoprogramm genommen und dadurch dem Täter eine Macht gegeben wird, die ihm nicht zusteht. Nur durch Auseinandersetzung mit den bestehenden Strukturen ist diese schwierige Situation zu bewältigen. Dazu trägt „Corsage“ bei.“ Der Feminismus als letztes Bollwerk gegen die Cancel-Welle? Ein Sisi-Film als Aufklärungsmittel gegen Kinderpornographie? So ganz traut man dem unter anderen von Elfriede Jelinek, Arno Geiger und Eva Menasse gezeichneten Brief nicht – ganz unabhängig davon, ob man einer Ächtung des Films zustimmen mag oder nicht.

Sonja Anders ans Thalia Theater

Sonja Anders wird neue Intendantin des Thalia Theaters Hamburg. Gemeinsam mit dem kaufmännischen Geschäftsführer Tom Till soll sie die Leitung zur Saison 2025/26 antreten. Damit wird das 1843 gegründete Haus erstmals von einer Frau geleitet. Anders, derzeit Intendantin des Schauspielers Hannover, folgt auf Joachim Lux, der sein Amt 2009 antrat. Sie stehe für ein „solidarisches, offenes Theater, eines, das konkret Menschen spürbar macht und sich energetisch seinem Publikum zuwendet“, sagte Anders. Sie strebe nach einer „sinnlichen und kraftvollen Kunst, intuitiv erfahrbar und zugänglich“. Zum neuen Team des Thalia wird künftig auch die Regisseurin Anne Lenk gehören. Anders, die 1965 in Hamburg geboren wurde, hat bereits als Chefdramaturgin am Thalia gearbeitet, bevor sie als Chefdramaturgin und stellvertretende Intendantin am Deutschen Theater in Berlin tätig war. F.A.Z.